

## Die neuen Wurzeln der CDU

Die Berliner CDU hat ein mutiges Konzept verabschiedet. Sie will künftig Anwalt der Zuwanderer sein, mit deren internationalen Kontakten die Wirtschaft der Hauptstadt in Schwung bringen und auch Kopftuchträgerinnen als Verteidiger des Rechtsstaats gewinnen. Den Schleier auf dem Kopf, das Grundgesetz in der Hand – es tut sich etwas in den Integrationsleitbildern der CDU. Und das mit einstimmiger Unterstützung der Parteibasis und des Bundesinnenministers.

Dass der Vorstoß aus Berlin kommt, ist nicht zufällig: Gerade dort fällt die misslungene Integration besonders auf, sei es an der Rütli-Schule, sei es in den Arbeitsagenturen, wo 30 Prozent der Bewerber aus Zuwanderer-Familien erwerbslos gemeldet sind. Die Berliner Christdemokraten haben jedoch eine andere Zahl an den Anfang ihres Konzepts gestellt: Fast die Hälfte der Berliner Kinder hat inzwischen ausländische Wurzeln – und immer öfter den deutschen Pass, sie dürfen also später wählen. Sie muss die CDU erreichen, wenn sie langfristig wieder die Mehrheit erringen will.

Schon seit Jahren versucht die Partei, mehr Migranten-Stimmen zu gewinnen, sei es durch Integrationsgipfel im Kanzleramt, sei es durch Wolfgang Schäubles Islam-Konferenz. Der Erfolg war bisher bescheiden. Zu lebendig sind vielen Einwanderern noch die CDU-Kampagnen in Erinnerung gegen doppelte Staatsbürgerschaft oder den EU-Beitritt der Türkei. Sie verbinden die Rolle der Union immer noch mit Druck und Strafe gegen Zuwanderer. Die Berliner CDU streift dieses Image nun ab und stutzt die Strafdrohungen auf das rechte Maß: Als letztes Mittel gegen eine kleine Minderheit, die sich partout nicht eingliedern will.

*Erschienen: Süddeutsche Zeitung, 15.04.2010.*